

Containerdorf oder Forschungsbau? FU Berlin und Senat im Streit

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem: Konflikte zwischen Uni und Senat. Bröckelt die woke Fassade? #Flüchtlinge #Berlindahlem #UniGegenFlüchtlingscontainer

Das brachliegende Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das derzeit als Parkplatz genutzt wird, soll vom Senat für den Bau eines Containerdorfs zur Unterbringung von 260 Flüchtlingen genutzt werden. Die Freie Universität (FU) hat jedoch Bedenken geäußert, da sie dort eigentlich ein Gebäude für Lehre und Forschung errichten möchte. Der Flüchtlingskoordinator Berlins, Albrecht Broemme, beabsichtigt, vorübergehend Migranten dort unterzubringen, was auf Widerstand der FU stößt. Die Hochschulleitung fühlt sich übergangen und betont, dass die Fläche ab 2023 dringend für eigene Bauprojekte benötigt wird.

Die FU Berlin zeigt sich grundsätzlich bereit, geflüchtete Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen. In der Vergangenheit hat die Universität bereits Notunterkünfte für Flüchtlinge bereitgestellt. Die Uni betont, dass aufgrund eines hohen Sanierungsbedarfs und umfangreicher Bauplanungen derzeit keine Alternativflächen zur Verfügung stehen. Sie schlägt vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe zu nutzen, die früher bereits für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt wurden.

Der Senat hat Ende März beschlossen, weitere 16 Containerdörfer zur Unterbringung von Flüchtlingen zu errichten. Diese Maßnahmen sind notwendig, da es an Wohnraum für

Flüchtlinge mangelt und viele noch in Notunterkünften wie den ehemaligen Flughäfen Tegel und Tempelhof untergebracht sind. Die geplanten Standorte für die Containerdörfer sind vorwiegend im Ostteil der Stadt, wodurch sich das Ungleichgewicht in der Verteilung der Flüchtlinge weiter verschärft.

Die geplante Errichtung eines Containerdorfs auf dem Unigelände in Steglitz-Zehlendorf hat zu Protesten geführt. In sozialen Medien wird Kritik an der FU geäußert, da sie normalerweise als weltoffen gilt, sich jedoch gegen die vorübergehende Nutzung des Parkplatzes für Flüchtlinge ausspricht. Einige Nutzer betonen die Diskrepanz in der Haltung der Universität und sehen darin eine Schwächung ihrer angeblichen Wokeness.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de